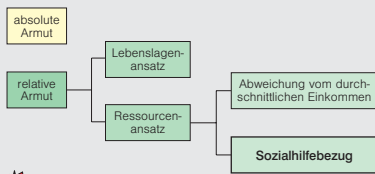


Armut und Sozialhilfebezug

Britta Klagge

1 Armutsbegriffe und ihr Zusammenhang



Der Strukturwandel der letzten 30 Jahre bildet den Hintergrund für eine wachsende Armut in Deutschland **1** (Beitrag Horn/Lentz, Bd. 4, S. 88). Als Hauptursachen dafür sind der Anstieg der (Langzeit-)Arbeitslosigkeit (Beitrag Fuchs, S. 42) und die steigende Zahl von Geringverdienern und prekär beschäftigten Menschen zu nennen. Dabei spielt wiederum der wachsende Anteil von Einpersonen- und Alleinerziehenden-Haushalten eine Rolle, da diese bei Arbeitslosigkeit eher von Armut betroffen sind. Neben den besonders von Arbeitslosigkeit betroffenen Ausländern weisen vor allem Alleinerziehenden-Haushalte und Kinder ein sehr hohes Armutsrisiko auf

Armutsdefinitionen und -konzepte

In der Armutsforschung wird zwischen **absoluter** und **relativer Armut** unterschieden. In Industrieländern spielt absolute Armut, bei der das physische Überleben gefährdet ist, praktisch keine Rolle. Als relativ arm definiert der Rat der EU Personen, Familien und Gruppen, „die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“ (BMA 2001, S. XIV). Das Konzept der relativen Armut bezieht sich also auf die relative Schlechterstellung einer Bevölkerungsgruppe und ist damit gesellschafts- und zeitbezogen variabel. Dabei sind neben dem Mangel an finanziellen Ressourcen auch Unterversorgungslagen in anderen Bereichen wie Wohnen, Gesundheit, Bildung und soziale Beziehungen zu berücksichtigen (Lebenslagenkonzept). Empirische Studien legen i. d. Regel den **Ressourcenansatz** zu Grunde, der sich nur auf finanzielle Ressourcen in Form von Einkommen bezieht, da Daten dazu am leichtesten zugänglich sind.

Im Gegensatz zu Definitionen von (Einkommens-)Armut über die Abweichung von einem Durchschnittseinkommen (40%, 50%, 60% Schwellenwert) wird der Bezug von Sozialhilfe (seit 1.1.2005 teilweise aufgegangen in Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) als bekämpfte Armut bezeichnet. Ein Problem dabei ist die Dunkelziffer, d.h. die verdeckte Armut, die sich auf Personen bezieht, die einen Sozialhilfeanspruch haben, ihn aber nicht geltend machen. Trotz der problematischen Gleichsetzung von staatlich bekämpfter Armut mit tatsächlicher (Einkommens-)Armut stellen Sozialhilfedaten insbesondere für regionale Vergleiche die beste Datenquelle dar, da sie flächendeckend und räumlich differenziert verfügbar sind.

Allerdings werden diese Daten der Erfassung von Armut in Deutschland nur teilweise gerecht werden, da mangelnde Teilhabe und soziale Ausgrenzung für viele Menschen am unteren Ende des Einkommensspektrums ein größeres Problem sind als geringe finanzielle Ressourcen.

(Beitrag Gohrbandt/Weiß, S. 120). Dagegen verzeichnen alte Menschen derzeit ein geringeres Armutsrisiko als andere Altersgruppen **4**. Angesichts des Um- und Rückbaus der sozialen Sicherungssysteme und eines wachsenden Anteils von Alten mit gebrochenen Erwerbsbiographien könnte sich dies in der Zukunft ändern.

Je nach **Armutdefinition** waren in Deutschland im Jahr 2003 zwischen 2,8 (Zahl der Sozialhilfeempfänger) und 11 Mio. Menschen (Personen in Haushalten mit Einkommen unterhalb von 60% des Durchschnitts), in jedem Fall aber über 3% der Bevölkerung von Armut betroffen. Definiert man Armut über den Bezug von **Sozialhilfe**, so hat sich die Zahl der Armen zwischen 1995 und 2003 deutlich erhöht. In den alten Ländern hat sich die Zahl seit 1970 mehr als vervierfacht.

Die regionale Differenzierung zeigt ein großräumiges Nord-Süd-Gefälle **3**, das in erster Linie die regionalen Disparitäten der Arbeitslosigkeit widerspiegelt (Beitrag Fuchs, S. 42). Auch das (Groß-)Stadt-Umland-Gefälle ist durch höhere Arbeitslosenquoten in den Kernstädten bedingt, wobei der hohe Anteil von Gruppen mit einem höheren Armutsrisiko (Alleinstehende, Alleinerziehende, Ausländer) eine Rolle spielt. Allerdings ist innerhalb der Armutsbevölkerung in den Kernstädten der relativ niedrige Anteil der Alleinerziehenden hervorzuheben **3**, der auf die besseren Erwerbsmöglichkeiten dieser Gruppe im Vergleich zum Stadtumland und zu eher ländlich geprägten Kreisen hinweist (u.a. durch bessere Möglichkeiten, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren).

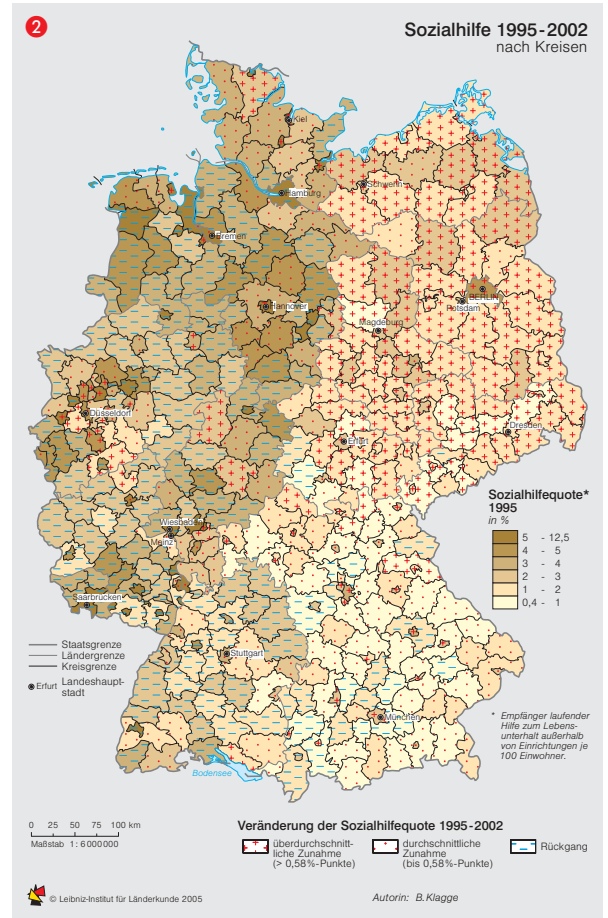
Auffällig ist die unterschiedliche Dynamik des Sozialhilfebezugs im Osten und im Westen Deutschlands **2**. Während in den alten Ländern die Sozialhilfequote von 1995 bis 2002 in den meisten Kreisen und kreisfreien Städten sogar gesunken ist, weisen die neuen Länder nahezu flächendeckend einen deutlichen Anstieg auf. Die Sozialhilfequote in den neuen Ländern (ohne Berlin) hat sich damit dem westdeutschen Durchschnitt angenähert, ist aber insgesamt immer noch niedriger. Dies ist angesichts der sehr hohen Arbeitslosigkeit bemerkenswert und hat verschiedene Gründe:

1. die traditionell hohe Erwerbsbeteiligung, durch die der Anteil von Arbeitslosen und Alten mit Ansprüchen auf Arbeitslosengeld oder -hilfe bzw. Rentenbezüge größer ist
2. die relativ hohe, allerdings sinkende Zahl in Programme des Arbeitsamtes eingebundener Personen mit Lohnersatzleistungen

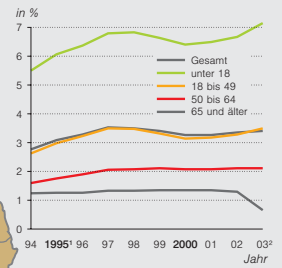
3. in den neuen Ländern wird des Weiteren eine höhere verdeckte Armut durch Sozialhilfeberechtigte, die ihren Anspruch aus verschiedenen Gründen nicht geltend gemacht haben, vermutet

Eine offene Frage ist, wie sich der Um- und Rückbau der sozialen Sicherungssysteme langfristig auf die Armutsentwicklung auswirken wird. Klar ist, dass mit der Absenkung der Leistungen für

die meisten bisherigen Arbeitslosenhilfeempfänger die Zahl der Menschen mit sehr niedrigen (Transfer-)Einkommen zunächst weiter steigen wird. Für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sind jedoch gute Wohnbedingungen, bessere Bildungschancen und die Integration Niedrigqualifizierter in den Arbeitsmarkt mindestens ebenso wichtig wie staatliche Transferzahlungen.



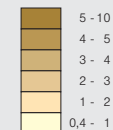
4 Sozialhilfequote* 1994-2003 nach Altersgruppen



¹ Die Daten für das Berichtsjahr 1995 weisen folgende Unterlassung auf: In Berlin fehlen ca. 27 000 Fälle; in Bremen fehlen die Angaben für Bremerhaven (ca. 16 000 Fälle).

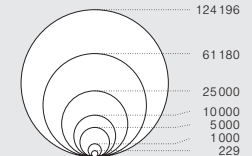
² ab 2003 erhalten über 65-jährige Leistungen nach dem "Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung" (GSG), wodurch sich die Zahl der älteren Sozialhilfeempfänger verringert hat.

Sozialhilfequote* in %



* Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen je 100 Einwohner.

Bedarfgemeinschaften Anzahl



1 mm² ≈ 200 Bedarfsgemeinschaften

ausführliche Definition ► Glossar, S. 15



Beschriftet sind die Kreise mit mehr als 5 000 Bedarfsgemeinschaften und die Landeshauptstädte.

— Staatsgrenze
— Ländergrenze
— Kreisgrenze

Autorin: B. Klagge